

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstblatt: Tageblatt Riesa.
Bezugs-Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststelle: Leipzig 21266.
Gürtelstrasse Riesa Nr. 52.

Nr. 284.

Montag, 6. Dezember 1920, abends.

73. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zusatzgebühr, für die Nummer des Ausgabetages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Ereignis an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am zweite, 1 mm hohe Brustschild (7 Silber) 10 Mark, Druckspeis 1.— Mark; Zeitraumender und tabellarisches Papier 10% Aufschlag. Nachmittags- und Sonntagsgebühr 30 Pf. pro Seite extra. Gewöhnlicher Rabatt trifft, wenn der Betrag verfüllt durch Miete eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Siedlung und Gründungsamt Riesa. Verschiedenartige Intergallationsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Bedingungen des Betriebes der Industrie, der Dienstleistungen oder der Förderungsanstaltungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Arthur Höhne, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhne, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Mäuse- und Almosenenche ist aufgebrochen unter dem Viehbestande des Steinholz-Kniffs in Poppitz. Auf die amtliche Bekanntmachung wegen des Ausbruchs der Seuche in Poppitz wird hingewiesen.

Großenhain, am 4. Dezember 1920.

2679 A.E.L. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 592 des Handelsregisters ist heute die Firma Otto Schiemann in Riesa und als deren Inhaber der Bandagist Friederich Albin Peter in Riesa eingetragen worden. Angegebener Geschäftsanweis: Handel mit Bandagen, Handschuhen und Wäsche.

Amtshauptmannschaft Riesa, den 3. Dezember 1920.

Unter Nr. 16 des Vereinsregisters ist heute der Siedlungsverein der Kriegsbeschädigten und -Geflüchteten in Gröba in Gröba eingetragen worden.

Amtsgericht Riesa, den 3. Dezember 1920.

Die argentinische Abordnung der Völkerbundsgesandten zurückgetreten.

Aus Genf wird gemeldet: Der Führer der argentinischen Delegation Puentredon richtete einen Brief an Herrn Domanski, Präsidenten der Völkerbundversammlung, in dem es heißt:

Ohne Umhause war unser Land bereit, an den Arbeiten des Völkerbundes mitzuarbeiten mit der Begeisterung und dem Interesse, das man empfindet, wenn man für das gemeinsame Wohl zu arbeiten glaubt. Deshalb bereitete eine Reihe von Vorschlägen vor, die in den vor der Versammlung vertretenen Erklärungen vom 17. November dargelegt wurden und die gleichzeitigen Abänderungen des Paktes waren.

Folgendes sind die Vorschläge: Zulassung aller souveränen Staaten, Zulassung der kleinen Staaten ohne Stimmrecht, Bildung eines Rates durch demokratische Wahl, obligatorische Schiedsgerichte und obligatorische Gerichtshof.

Die Völker werden den Völkerbund nach seinen Werken beurteilen und nur so an ihn glauben, und nur in einer Atmosphäre des Vertrauens der öffentlichen Meinung kann der Völkerbund leben.

Die Mitglieder dieser Versammlung werden in einigen Tagen auseinandergehen, ohne an die großen Verfassungsfragen herangetreten zu sein, die gerade der öffentlichen Meinung die besten Garantien für die Weisheit und die Organisationskraft des Bundes gegeben haben.

Wir hätten uns der Vertagung jeder Frage von sekundärer Bedeutung angeschlossen, aber wir können es nicht, wenn es sich um wesentliche Vorschläge handelt, welche die vom Völker ausgehenden Missionen höchst vervollständigen und stärken können. Der Hauptzweck unserer Regierung, als sie in diese Versammlung eine Abordnung sandte, war der, durch Abänderungsanträge an einer Verfassung mitzuwirken, in der die Realisierung der Ideale und Grundätze zu finden hoffte, die Argentinien stets auf internationalem Gebiet verjagt hat und von denen es nicht abweichen kann. Nachdem diese Aufgabe durch die Verlängerung der Abänderungsanträge häufig geworden ist, muss die argentinische Abordnung ihre Mitarbeit einstellen. Infolgedessen habe ich in Übereinstimmung mit den Wünschen meiner Regierung die Ehre, dem Präsidenten und durch ihn den ehrenwerten Versammlung mitzuteilen, dass die argentinischen Delegierten ihre Mission als beendet betrachten.

Die "Liberte" meldet aus Genf: Die Vertreter der meisten Südamerikanischen Republiken auf der Völkerbundversammlung drücken auf Befragen ihr Bedauern aus, dass die argentinische Delegation es nicht für nötig gehalten hat, von ihrer Abreise die Delegierten der andern Republiken zu verständigen.

Die Ergebnisse der Londoner Konferenz.

Amtlich wird aus London unter dem 4. verlautbart, dass die Konferenz der alliierten Premierminister beendet ist. Die erörterten Fragen umfassen die Handelsbezüge zwischen Großbritannien und den vorstehenden Konferenzionen in Brüssel und die finanziellen Maßnahmen, die im Falle einer Rückkehr Konstantin auf den Thron zu treffen sind. Leopold und Sjora reisen wieder ab.

Aus Paris wird gemeldet: Das Ergebnis der Londoner Konferenz ist folgendes: 1. Der Beschluss des finanziellen Bonfonds Griechenlands für den Fall, dass Konstantin den Thron bestiegt. 2. Griechen wird den Griechen wieder abgenommen, um unter französischer Oberhoheit zurückzuführen, allerdings unter alliierter Kontrolle. 3. Bezuglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland hält das offizielle Frankreich neben dem militärischen Projekt Englands an seiner obliegenden Haltung fest, wird aber dem Privatverein mit Russland seine Hintergründe in den Weg legen. 4. Bezuglich der Wiederaufnahme der französischen Frage wird eine Niederabstimmung zwischen den Alliierten. Am 13. Dezember werden die Delegierten der einzelnen Staaten bestimmt, die am 15. Dezember in Brüssel zu einer Konferenz zusammenkommen werden. Griechen wurde auch das Problem Palästina besprochen. Nach vier Tagen soll eine weitere Konferenz in Paris oder London stattfinden. In Paris wird erklärt, dass die Londoner Konferenz einen diplomatischen Sieg Frankreich darstelle.

Nach einer Meldung des "Matin" soll Ministerpräsident Lebragues erklärt haben, Frankreich verlangt von Deutschland nichts Unmögliches, aber Deutschland müsste im ersten Jahre einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld begleichen, die Frankreich für das Erste Weltkrieg vorgeschoßen habe. Es handelt sich um 16 Milliarden Francen. Wenn es das tut, werde es Frankreich zu Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frucht als auch der Siedlungsort bereit finden. Wenn Frankreich aber aus bösen Willen steht, dann werde es über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, beraten. Der Sonderberichterstatter des "Matin" erklärt, Lloyd George und Bonar Law hätten dem zugestimmt.

Weiteres Vordringen der Bolschewisten.

Der "Liberte" wird aus Konstantinopel gemeldet: Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle haben die bolschewistischen Truppen die nordöstliche Grenze Armeniens passiert und das Sowjetregime in Teheran proklamiert.

Überholt haben sie den Armeniern ein Ultimatum gestellt, in welchem sie die Rückführung Armeniens und der Stadt Karabach verlangen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Zahl der unterflächlichen Gewerbeleuten am 15. November 1920. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterflächlichen Gewerbeleuten im Reiche während der ersten Novemberviertel weiter zurückgegangen. Berichtszeit wird dieser Rückgang vor allem durch die allgemeine Geschäftskleidung, auf die das am sich bedauerliche Sinken unserer Salutia nicht ohne Einfluss gewesen ist. Am 15. November betrug die Gesamtzahl der unterflächlichen Gewerbeleuten 249 243. Sie hat sich gegenüber dem Stande von 1. November um 11 826 und zwar 7087 männliche und 4789 weibliche Gewerbeleute verringert. Die Zahl der Familienangehörigen, die Beschäftigungssänger wurden, ist von 245 828 auf 234 373 herabgegangen. Demgegenüber ist der Aufwand an Gewerbeleutenunterstützung in der Zeit vom 1. bis 15. November von 40 888 848 Mark auf 43 355 436 Mark gesunken, nachdem am 1. November die Auszahlung der Winterhilfsleute begonnen hat.

Annahme der Mittellandkanalvorlage. In der preußischen Landesversammlung wurde am Sonnabend der Entwurf, betreffend die Vollendung des Mittellandkanals und der durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, in zweiter und anschließend in dritter Verhandlung einstimmig angenommen. Der Ausschuss hat sich für die sogenannte Mittellinie entschieden. Das Projekt erfordert insgesamt einen Betrag von 306 040 000 M.

Nächsterter Direktor der Straßenbahn von ihrem Polen. Wie die "S. S. am Mittwoch" erfuhr, haben Generaldirektor Bujnowski sowie die Direktoren Maner, Dr. Alde und Hagemann von der Großen Berliner Straßenbahn um ihre Entlassung gebeten, da es ihnen nicht mehr möglich sei, ihr Amt mit der erforderlichen Arbeitsfreudigkeit und Autorität zu verwalten. Der Wechsel ist zunächst auf den Wunsch des Vertriebsrats der Gesellschaft und auf die durch die Stadtverordneten an der Direktion gelebte Kritik im Stadtparlament.

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Bischabfleisungen. Wie W. T. B. erfährt, sind nach langen schwierigen Verhandlungen Freitag die Pariser Verhandlungen der deutschen Kommission mit der Reparationskommission über die Bischabfleisungen zum Abschluss gekommen. In der gesetzigen Volkszählung wurde einstimmig eine Vereinbarung angenommen, nach der Deutschland die von den Ententestaaten geforderten 1 740 000 Stück Geflügel, 27 165 Blegen und 15 250 Schweine nach den Bestimmungen des Friedensvertrages liefern, und im übrigen innerhalb 6 Monaten liefern: 30 000 Pferde, 125 000 Schafe, 60 000 Stiere, 125 000 Schafe, 125 000 tragende Kühe und Ferkeln. An Pferden hatte die Entente insgesamt rund 150 000, an Kindern über 888 000, davon 840 000 Milchkühe und tragende Kühe und an Schafen insgesamt rund 900 000 gefordert. Für die Sicherung des verbleibenden Rechtes wird vor Ablauf der sechzehnmonatigen Frist eine neue Festsetzung im Einverständnis mit der deutschen Regierung gemacht werden.

Die Abstimmung in Oberschlesien. Die Note der alliierten Regierungen wegen der Abstimmung in Oberschlesien ist Sonnabend im Schoe der Reichsregierung erörtert worden. Dabei ergab sich eine einmütige Auffassung. Die endgültige Stellungnahme der Regierung wird erst erfolgen, nachdem der Dienstag früh einvernehmliche Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten geholt worden ist.

Der deutsche Botschafter in Rom von Berenberg-Gossler war am Freitag und Sonnabend in Berlin anwesend, um mit dem Reichsminister des Auswärtigen und den beteiligten Referenten des Auswärtigen Amtes einige schwierige Fragen zu besprechen. Der Botschafter fehlt morgen nach Rom zurück.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß in Swinemünde. Am frühen Morgen kam es am Sonntag im Stadtviertel am Autopark in Swinemünde zu einem schweren Feuergefecht zwischen Angehörigen der polnischen Küstenwehrabteilung. Die Soldaten gaben sich in der Dunkelheit von Polnischen überfallen und beschossen sich gegenseitig. Dabei wurde der Batterieführer Oberleutnant Gągulin, der als Unterbefehlshaber die Straße postierte, durch Schüsse und Sätze lebensgefährlich verletzt. Zwei weitere Soldaten wurden durch Bomben und Granaten tödlich verwundet. Der Kommandeur hat eine Untersuchung eingeleitet.

Das neue Strafgesetzbuch. Nach einer Mitteilung der deutschen Strafrechtszeitung wird der Entwurf für das neue Strafgesetzbuch noch in diesem Monat veröffentlicht werden. Der Entwurf hat keinen amtlichen Charakter, sondern soll nur als Grundlage der Erörterung in der Öffentlichkeit dienen.

Das Ende der linken U.S.P. Die linke U.S.P. wurde Ende voriger Woche in Berlin zu Grabe getragen und es ging dabei, wie es sich bei einer Beerdigung gehörte, bei gedämpftem Trommelfeuer. Herr Levi von den Nationalsozialisten wurde in einer großen Proklamation mit vielen volks- und weltwirtschaftlichen Einzelheiten nachgewiesen, dass jede Hoffnung auf Amerika und England vergeblich sei, und allein von Russland uns das Heil kommen könne. Und Herr Däumig zog aus dem Gedenk breiter Schichten des Mittelstandes und der Arbeiterschaft frohe

Hoffnungen für eine proletarische "Aktion" in Deutschland. Interessanter und wichtiger als die mehr oder weniger schönen Reden der Parteihäuptlinge war der nüchterne Geschäftsbericht Stöckers, der nicht die besten Aussichten für die neue kommunistische Einheitspartei eröffnet. Nach seinen Angaben war nur im Hamburger Bezirk, in Württemberg, in der Gegend um Halle und in Schlesien ein leidlich vollständiger Übergang der U.S.P.-Anhänger zu den Neukommunisten zu verzeichnen. In fast allen anderen Gebieten findet der Parteiklapparatur, die Parteipresse und die Mitglieder den "Schergen des Kapitals", den Breitseite und Lebedow treu geblieben. Am gestrigen Sonntag befasste sich der Parteitag mit der Agrarfrage. Das Agrarprogramm des Parteitags wurde von den Versammelten angenommen. Auf dem Parteitag sind vertreten 485 Delegierte, davon 349 aus der U.S.P.D. und 136 aus der R.P.D.

Republik Österreich.

Streiks in und um Wien. Von heute Montag ab werden neunzehn der mittleren Kategorien der Staatsbeamten, u. a. die Steuer- und Post-Beamten, Beamten der Kronenhäuser usw., im ganzen 25 000 Beamte, in den Streik treten, da die verlangte Belohnung ihrer Aufrüstungsverhältnisse abgeschlagen wurde.

Unterhören in Baden bei Wien. Raut Meldung einer Korrespondenz aus Baden bei Wien kommt es am Sonnabend seitens der Arbeiterschaft, die für die seit einigen Tagen im Streik befindlichen Beamten der örtlichen Sparkasse einztrat, zu erheblichen Kundgebungen, in deren Verlauf in mehreren Hotels und Kasinohäusern Verstüttungen angerichtet wurden. Die Menge machte auch klare, dass verschlossene Rathaus zu stürmen.

Italien.

Die Lage in Italien. "Meloggero" meldet aus Trieste vom 3. 12., dass die Mitglieder der Regierung zwei Tage vorher in Abdruck der in den letzten Tagen in dem Gebiet der Regierungshäuser eingetretene Gewalttat ihren Rücktritt erklärt haben. — Nach der "Epocha" hat die Regierung von Trieste das Gebiet in der Richtung auf Calona erweitert, so dass nur noch die Inseln Veglia und Arza in Frage kommen. Der Hafen Baros, ein alter Befestigungsplatz von Trieste, soll diesem belassen werden.

Spanien.

Der Generalstreik nimmt allmählich schärfere Formen an. In Sevilla hat ein Bombenattentat stattgefunden, bei dem drei Personen verwundet wurden. In Madrid beschloss das sozialistische Komitee den Generalstreik zu erklären. Sämtliche Arbeiterorganisationen sollen aufgerufen werden, an einem festgelegten Tage den allgemeinen Generalstreik gleichzeitig zu erklären.

Griechenland.

Beibehaltung der Volksabstimmung. Ein Telegramm aus Athen meldet, dass die Regierung trotz der Note der alliierten Mächte die Beibehaltung der Volksabstimmung beschlossen habe.

England.

Das Handelsabkommen mit Russland. "Evening Standard" berichtet, dass die russische Regierung auf das nach Moskau übermittelte russisch-englische Handelsabkommen von der Sowjetregierung die Antwort erhalten, der Sowjetregierung sei der Abschluss dieses Handelsabkommens nicht erwünscht. Nach ihrer Ansicht liegt die vorteilhafteste Politik für die Alliierten darin, alle Einführungskräfte aufzuhoben und Privaten zu gestatten, mit Russland Handel zu treiben.

Ostliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. Dezember 1920.

* Offizielle Sitzung des Stadtrates am Dienstag, den 7. Dezember 1920, nachmittags 5 Uhr. 1. Errichtung einer ständigen Lehrerstelle Okt. 1921 für die zu errichtende Mädchenfortbildungsschule. Berichterstatter: Herr Stadtr. Tröger. — 2. Erhöhung der Vergütung für die Einzelüberlehrerin auf 10 Mark an die Lehrerstelle. Berichterstatter: Herr Stadtr. Tröger. — 3. Haushaltplan-Voranschlag für die Oberschule i. S. auf das Jahr 1920. Berichterstatter: Herr Stadtr. Reher. — 4. Haushaltplan-Voranschlag für das städtische Krankenhaus auf das Jahr 1920. Berichterstatter: Herr Stadtr. Sander. — 5. 4. Nachtrag zur Gemeindebetriebsordnung, zw. 2. Nachtrag zur Schulsteuerverordnung. Berichterstatter: Herr Stadtr. Wende. — 6. 1. Nachträge zu den Entgelten, über die Wahlen der unbefoldeten Ratsmitglieder beginnend, der Stadtverordneten. Berichterstatter: Herr Stadtr. Wende. — 7. Erhöhung der Vergütung für Waichen und Ausbeutern der Wäsche an die Schulhausleute. — 8. Kreisvertrag für das Rittergut. — 9. Mitteilungen. — Nichtöffentliche Sitzung.

* Günsiedelstadt. In der Nacht zum 4. d. M. sind aus einem Schrebergarten an der heiligen Georgstraße mittels Einbruch drei große weiße Schwanenkäse im Werte von etwa 700 Mark gestohlen worden. Die Tiere sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Die mit Vorhängen und Rosten abgeschlossenen gewesene Tür ist mittels eines 15 mm breiten Stahlseils gewaltsam erbrochen worden. Nach den zurückgelassenen Spuren kommen als Täter eine männliche und eine weibliche Person in Betracht. Die männliche Person hat mit Rössen beschlagene Gelenke (Gelenkänge 27 cm) getragen, Schuhe mit Eisen, während die Frau unbeschlagene Schuhe mit Gummiabläufen.

gefragt haben wird. Die Sowje führt nach den Besetzen in Richtung Pausch. Jemand welche Wahrnehmungen sollte man der Polizei melden?

* Fahrabtriebstaat. Gestohlen wurde am Freitag nachmittag vor dem hiesigen Rathaus ein Herrenfahrrad. Beschreibung: schwarzer Rahmenbau, neue graue Gummirierung, verdeckte Verkleidung, Tropenfahrrad, Marke "Parkholz". Der Fahrraddieb soll für Wiedereinzug des Rades eine Belohnung von 50 Mark aus Wahrnehmungen über den Verbleib des Rades an die Polizei erbeten.

* Von der Handelschule. Mit der Bitte um Aufnahme wird und geschieben: In Wahrung berechtigter Interessen sei zu den Ausführungen über die Pflichtfortbildungsschule in der Sonnabend-Nummer bemerkt, daß keineswegs „auf der Handelschule mit ihren Abteilungen nur solche Mädchen die rechte Ausbildung finden, die im Handelsgewerbe dauernd ihren Beruf neben wohlgebildeten männlichen Berufsgenossen haben“, sondern daß von jener höherer Wert auf die Ausbildung der Hauptfächer gelegt wurde. Das war der Fall, als die Mädchen-Abteilung auf Veranlassung und Beschluss des Ministeriums des Innern der Handelschule angegliedert wurde, dieser Zweck wird auch seither stets befolgt werden müssen, und es sind bei den Aufnahmen der Schülerinnen sehr oft Andnahmen mit den jungen Mädchen gemacht worden, die dahinter helfen und sich bei der Erledigung buchhalterischer oder anderer geschäftlicher Angelegenheiten betätigen wollen. Bei den Jahren haben und immer höher werdenden Unfosten wird dem Geschäftsmann und Handwerksmeister die Hilfe der Tochter oder der Ehefrau sehr willkommen sein, und mancher, der erst in der Kriegszeit die geschäftliche Tätigkeit der Gattin und Tochter schämen gelernt hat, wird in Zukunft nicht auf ihre Hilfe in geschäftlicher Beziehung verzichten können und wollen. Wie in Kaufmännischer Betriebschule, so haben auch viele von den in der Handelschule aufgebildeten jungen Mädchen bei verschiedenen Behörden und in Kanzleien vorteilhafte Stellungen als Beamten angestellt und leisten dort treifliche Dienste. In den Ausführungen über die Handelschule vom 13. November wurde darauf hingewiesen, daß für die Schülerinnen der Handelschule hauswirtschaftlicher Unterricht mit seinen Teilspeisen vorgesehen ist, jedoch wohl keine Schule, die fortbildungsfähige junge Mädchen aufnimmt, vor der anderen etwas voraus haben wird. Aufgabe der gezielten Bestimmungen müssen auch die Handelschülerinnen für den Beruf der Haushalt und Mutter erzogen werden, und der Vorstand der Handelschule hat sich schon mit der Einführung des Haushaltungsunterrichts für die Schülerinnen der Handelschule beschäftigt und ist schon an das zuständige Ministerium herangetreten. — In der Handelschule wird seither schon seit Beginn Unterricht in Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde erteilt, der auch weiter befolgt wird, jedoch die Schülerinnen auf ihre Bürgerpräferenzen hingewiesen werden. — Dem Rechenunterricht, der in der Handelschule mehr als anderswo eine besonders wichtige Rolle spielt und spielen muß, sind in jedem Jahrgang der Mädchenabteilung 3 Stunden und dem Buchhaltungsunterricht, der gründliche Verteilung und Übung in kaufmännischer und geschäftlicher Buchhaltung nach verschiedenen Systemen vorliegt, 2 Stunden zugewiesen, ferner der beiden Fächer kann hier auf Kosten des anderen beobachtet oder erlernt werden. Auf die allgemeine bildenden Fächer wie Deutsch, Latein mit Literatur, Kunstgeschichte ist neben den noch nicht genannten Fächern wie Breitfehlerei, mit Handels- und Rechenschule, Physiologie und Verkehrsgeschichte mit Naturkunde, Algebra, Geometrie, Kurzdruck, Kunst- und Plastikfach, Zeichnenkunst gewiesen. Der Unterricht wird von kaufmännischen, für ihren Beruf eingesetzten vorgebildeten Fachkundigen Lehrern, der fremdsprachliche Unterricht (Englisch und Französisch mit Briefwechsel) ist Anfänger und Fortgeschrittenen von einem Philologen erfüllt. Da die Handelschule nur Beihilfen von der Stadt, Regierung, Handelskammer und beteiligten Vereinen erhält, kann auf die Erhebung von Schulgeld nicht verzichtet werden, und es sei darauf hingewiesen, daß auch in der städtischen Berufsschule in Großenhain, in der Handelschule mit Gewerbeschule und Fortbildungsschule vereinigt ist, für die Schüler und Schülerinnen vorgesehen ist, die an mehr als den durch das Gesetz vorgeschriebenen Unterrichtsstunden teilnehmen. Es gibt Antrag zum Entlenen, wenn die Fortbildungsschule thätig werdenbaren Schülerinnen in Stelle verhindert werden und wenn sich die einen mit wöchentlich 6 Stunden begnügen, die anderen aber 24 Stunden ebenfalls unentgeltlich Unterricht erhalten sollen. Wie schon in den Ausführungen vom 13. November und 4. Dezember erwähnt wurde, besteht der Besuch einer Abteilung der Handelschule (auch der Besuch der im ministeriellen Bericht vom 1. Juni 1911 genannten und in ihrer Erweiterung mit Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 4. Oktober 1919 genehmigten höheren Abteilung) von der Bevölkerung zum Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule. Betr. Errichtung einer Abteilung für Berufslärlingen und sonstige weibliche Angestellte sei auf die früheren Ausführungen hingewiesen.

* Theaterabend im "Stern". Das am Donnerstag zur Aufführung gelangende Stüttgarter "Gib mich frei" hat auch bei Wiederholungen ein volles Haus aufzuweisen gehabt. So wird z. B. in der "Oberlausitzer Zeitung" unter Neugersdorf berichtet: Die Wiederholung des Schauspiels "Gib mir frei" fand wieder vor ausverkauftem Hause statt, das sich noch anfangs einem Zögern häute und dann bis zum Schlusse außerordentlich begeistert erwies. Das Spiel der wenigen für das Stück erforderlichen Personen war wieder außerordentlich wirkam.

* Der Militärverein Jäger und Schützen hielt am Sonnabend abend im Weitling Hof sein Stiftungsfest ab, das bei gutem Besuch eines recht angenehmen Verlauf nahm. Der Viermeister des Gesangvereins "Orpheus" und seine wackeren Sänger verschönerten das Fest ganz besonders durch Vortrag von Solo- und Chorgesängen. Im Laufe des Abends meldeten sich 8 ehemalige Jäger und Schützen als Mitglieder in den Verein an.

* Bischof Dr. Löbmann gestorben. Sonnabend abend 11 Uhr ist Bischof Dr. Franz Löbmann in Gegenwart der Domstiftsgeistlichkeit sonst entlassen. Der Bischof, der im 84. Lebensjahr stand, war zunächst Domhochschulrektor in Bautzen, dann Direktor am katholischen Lehrerseminar. Im Februar 1915 wurde er zum apostolischen Vikar ernannt und am 26. März 1915 im Dom zu Breslau zum Bischof geweiht. Wie die "Sächs. Volksgr." meldet, findet die Beisetzung des Entlassenen am Dienstag vormitag 10 Uhr in Bautzen im Aufschluß an ein Bleiquart statt. Wie der "Union-Sachsen" weiterhin erläutert, wird auch ein Vertreter des früheren Königs von Sachsen an der Beisetzung teilnehmen.

* Neue Lohnforderungen der sächsischen Bergarbeiter. Neue beträchtliche Lohnforderungen haben die Bergarbeiter des Brixian-Wagn-Oelsniger Kohlenfeldes gestellt. Die Verbandswagen mit dem bergbaulichen Verein haben noch zu seiner Einigung geführt und sollen am Montag fortgesetzt werden. Die Situation ist sehr gespannt. Für die Werke besteht keine Aussicht, daß die Bleibausgaben für die geforderten Lohnverbesserungen vom Reichswirtschaftsministerium übernommen werden, da diese Stelle jene Forderungen bereits abgelehnt hat.

* Eine sozialistische Regierung in Sachsen. Die Mehrheitssozialdemokraten stellen aktuell ihre bereits angenommene Landeskongressen ab. Die sogenannte Dresdner sozialistische Macht unterliegt wieder den Wünschen der radikal-sächsischen Sozialdemokratie. Was einzige ist, wie der "Union-Sachsen" erläutert, haben, daß Ministerpräsident Bock weiterhin im Amt bleiben soll. Sein Stellvertreter und angelernter Minister des Innern soll der Nachfolger des Leipziger Reichskanzlers Lipinski werden. Justizminister Garrels und Wirtschaftsminister Schwarz werden im Amt bleiben. Wahrcheinlich aber wird Arbeitsminister Held durch einen weiter links stehenden Mehrheitssozialisten ersetzt werden. Die beiden bisher von den Deutschen-Demokraten eingenommenen Sitze der Finanzen und des Kultus (Finanzminister Dr. Reinhold und Kultusminister Dr. Seiler) werden von Unabhängigen belegt werden, über deren Namen noch nichts verlautet. Die Unabhängigen werden nunmehr drei Ministerstellen erhalten. Die Unkraut der beiden sozialistischen Parteien an die Kommunisten und von diesen in folgendem Sinne beantwortet worden: Die Kommunisten lehnen einen Eintritt in die sächsische Regierung vorzeitig ab, während den beiden Parteien aber eine unterstreichende Neutralität solange an, als von dieser Regierung eine wirklich sozialistische Politik betrieben wird. Aus kommunistischen Kreisen verlautet noch, daß diese Regierung als das kleinste Heil von allen bei der Regierungsbildung möglichen eingeschlossenen werden müsse und daß bei den immer offenkundiger werdenden Bestrebungen der bürgerlichen Parteien nach der Wiedereinzug vorrevolutionärer Zustände eine sozialistische Regierung unabdingt solange als irgend möglich unterstützt werden müsse.

* Tagung der Gesamtverbindungen der sächsischen Handelsberufsverbände. Am 2. Dezember fand im Verwaltungsbau der Dresden Gewerbeamt eine Tagung der Gesamtverbindungen der sächsischen Handelsberufsverbände statt. Am Vormittag nahmen die einzelnen Verbände in ihren Vorstandssitzungen Stellung zu den verschiedenen Berufangelegenheiten, während am Nachmittag in gemeinsamer Tagung in der Hauptstädte die Frage einer einheitlichen Berufsschulorganisation auf der Grundlage der Selbstbehauptung wurde. Darin ergab sich eine vollkommene Einigkeit. Weiter nahm man Stellung zu den Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbemühungen gegenüber dem Handwerk. Neben der öffentlichen Bekämpfung und Aufklärung über die, dem Allgemeinwohl und den öffentlichen Finanzen drohenden Schäden müsse die restlose Verabschiedung der Wirtschaftsorganisation um umgehend durchgeführt werden. Die Zinnmänner und Landesberufsverbände selbst sind zu lebenswollen Fachgemeinden unter berufsmäßiger Führung auszuwählen. Der fortwährende Zusammenhang ist auf allen Ebenen herzustellen. Die wirtschaftliche Zentralorganisation ist im Submissionsvertrag gegeben, daß sich handelsmäßig mit den Fragen der Arbeits-, Rohstoff- und Produktionsförderung unter Zusammenwirken mit den zentralen Gewerkschaften und Versetzungsbünden beschäftigt. Eine hierzu gefasste Entscheidung erkennt das Submissionsamt als die wirtschaftliche Neutralstelle des sächsischen Handwerks an und fordert alle Kreise des Handwerks auf, vertrauensvoller Mitarbeit durch Anschluß an die Wirtschafts-Organisation auf.

* Erneuerung der Weiterveräußerungsbefreiungen für die Zugangssteuer. Die Weiterveräußerungsbefreiung, die gemäß § 22 des neuen Umlaufsteuergesetzes bei Lieferungen der Kleinhandelssteuerpflichtigen Lohnmengen gegen die Besteuerung von der Zugangssteuer ermäßigt, verlief mit dem 31. Dezember 1920 gemäß § 201 Ausführungsbestimmungen zum 1. Januar 1921 ihre Gültigkeit. Für ihre soziale Erneuerung ist Sorge zu tragen. Das Gleiche gilt für die Befreiungen in den verschiedenen bisher geregelten Beauftragungsverfahren (Werksentralitätsabzeuge, Kaufwaren, Handverträge, für die Phonographen-Industrie, Bestandteile und Zubehörteile für photographische Apparate, Büchern und Zeitschriften, Röntgen- und Schönheitsmittel). Gemäß § 201 Abs. 3 Ausführungsbestimmungen zum Umlaufsteuergesetz ist die Annahme des Lagerbestandes der Zugangssteuerpflichtigen Güterstände zu Beginn eines jeden Kalenderjahrs zu wiederholen; gemäß § 201 Abs. 5 c. a. D. sind am Schlus eines jeden Steuerabschlutes die Spalten des Steuerbuches über die in der Umlaufsteuererklärung anzugebenden Entgelte auszurechnen.

* Der Güterwagenmangel in Sachsen. Unter der Überschrift "Reichsbahnwagen und Wagenmangel" veröffentlicht die "Sächsische Industrie", Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, in ihrer Nummer 9 vom 27. November 1920 einen Artikel, in dem dargelegt wird, wie sehr Sachsen unter dem Güterwagenmangel leidet. Der Aufsatz gibt der Meinung Ausdruck, daß es Urfache für diesen besonders großen Wagenmangel zweifellos der überfürstliche Übergang der Staatsbahnwagen aus das Reich verantwortlich gemacht werden müsse. War sei die Bereitstellung der leer werdenden Wagen auf die verschiedenen Verbrauchsgebiete bereits vor der Verzeichnung etabliert durch das Eisenbahngeneralamt in Berlin erfolgt. Trotzdem standen aber damals diesem Amt selbständig Verwaltungen der Preiskontrolle gegenüber und das sächsische Finanzministerium hatte die Möglichkeit, gegebenenfalls die weitere Abgabe von Wagen mit Rücksicht auf die eigene Betriebslage abzuwenden. Die Verzeichnung hat hierin einen grundlegenden Fehler geschaffen. Das Reichsbahnwagenzentralamt kann der heutige eine nachgeordnete Behörde darstellenden Eisenbahn-Generaldirektion in Dresden bestehen, wieviel Wagen abzugeben sind und kann seinen Anordnungen unter allen Umständen Gehilfe verschaffen, selbst wenn dadurch die sächsischen Interessen nachteilig beeinträchtigt werden. Es braucht dabei durchaus nicht Absichten vorzuwalten, oder es ist erklärlich, daß das Eisenbahngeneralamt, eine bisher rein preußische Behörde, in die nur ein sächsisches Beamter abgeordnet ist, die preußischen Interessen besser kennt. Außerdem spricht zu Ungunsten Sachsen, daß es die größte Arbeitslosigkeit im Reich hat und insgesamt die Firmen wenig Wagen anfordern. Da nun aber in Zeiten des Wagenmangels die ange meldete Zahl nie zugestellt wird, so erhält die sächsische Industrie, da sie gegenüber ihrem sonstigen Bedarf wegen der Arbeitslosigkeit niedriger angemeldet, noch weniger Wagen, als sie erhalten würde, wenn sie voll beschäftigt wäre, und durch den Wagenmangel wird der Grad der Beschäftigungsmöglichkeit wiederum herabgedrückt. Man kann kaum annehmen, daß diese Verhältnisse in Berlin genauer bekannt sind. Der Verband Sächsischer Industrieller hat insgesamt bei den Berliner Zentralstellen die notwendigen Schritte unternommen, um die Interessen der sächsischen Industrie und der Arbeiterschaft mit Nachdruck zu wahren. Es muß unbedingt im Reichsinteresse das Gefühl bestimmt werden, daß Sachsen durch die Verzeichnung der Eisenbahnen eine Benachteiligung seiner Interessen erleidet.

* Auslösung Sächsischer Staatspapiere. Am 2. dieses Monats hat eine übermalige Auslösung Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die aus 3%, v. d. herabgelegten, vormals 4-jährigen Staatschulden-Ratenweine von den Jahren 1882/83, 84/85, 86/87 und 88/89 betroffen worden sind. Die Inhaber derartiger Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzuwenden aufmerksam gemacht, daß die Bitten der gesogenen Rummern in der sächsischen Staatszeitung und dem Dresdenner Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirksneuvernahmen, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindeschulden des Landes zu jedermannem Einheit ausgelegt werden.

* Weißer Freitag endet nun nach 11 Uhr mit einem nach der Elbe zu gelegenen zweistöckigen Fabrikgebäude, n. d. Dresdner Straße 60. Feuer ausgebrochen, das in schnellster Weise große Ausdehnung annahm. Als beim schnellen Eingreifen der Feuerwehr und der alarmierten Feuerwehr, Feuerwehr ist es zu danken, daß der Brand nicht auf die angrenzenden Gebäude übergreifen konnte. Der durch den Brand beschädigte Gebäudeteil, dessen Dachstuhl abgebrannt ist, dürfte etwa 20 Meter lang sein. Auf dem Dachboden lagerten wertvolle Formen, die vernichtet worden sind. Auch am Gebäude ist nicht unerheblicher Schaden entstanden. Vorläufige oder fiktive Brandstiftung ist ausgeschlossen.

* Oberndorf. Ein Unfall ereignete sich am Dienstag früh gegen 4 Uhr auf der nach Nossdorf führenden Straße bei dem Werkplatz der Firma Fab. u. Alum. Port stand an der Seite der Straße ein mit Holz beladenes Wagen des hiesigen Sägewerksbetreibers Gustav Scholze. Der in Schleißig in Stellung befindliche Schweizer Herz Heinrich aus Nossdorf hatte sich bei seinem Wagen geholt und wollte wieder nach seinem Dienstort laufen. Er kam auf seinem Rad, die genannte Straße herab, und fuhr bei der Dunkelheit direkt in den Wagen, an dem sich kein Licht befand, hinein. Dabei explodierte die Radialbatterie mit lautem Knall, so daß der Fahrerwagen der Fab. u. Alum. an einen Flintenschuß antrieb und Hilfe herbeilief. Der Radfahrer wurde bewußtlos aufgefunden. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung und Verletzung des Kiefers erlitten und mußte ins Krankenhaus gefasst werden. Es konnte noch nicht sicher festgestellt werden, ob nicht ein Säbelbruch vorlag.

* Leipzig. Wie die "Leipz. R. R." auf Dresden von durchaus außerordentlicher Seite hören, wurden in voriger Woche auf dem Meuselburg-Thüringer Güterbahnhof in Leipzig zwei Eisenbahnwaggons mit über 5 Millionen ausländischen Zigaretten beschlagnahmt, als die Zigaretten vom Empfänger abgeholt werden sollten. Welchen Umfang der Zigarettenraumzug nach Deutschland angenommen hat, erhellt aus der Tatfrage, daß allein in letzter Zeit ungefähr 40 Millionen Stück ausländische Zigaretten nach Deutschland auf unerlaubtem Wege eingeführt worden sind. Die Exporten führen fast immer nach dem Rheinland, wo die Ueberwachung leider aus politischen Rücksichten auf die Kontrollkommission der Entente nicht in dem Maße gehabt werden kann, wie sie notwendig ist. Diese 40 Millionen aus dem Auslande hereingeholte Zigaretten bedeuten eine Milliardenförderung des Reiches erst durch die entgangenen Zollgebühren und weiter durch den unerlaubten Einfluß auf unsere Bauta. Die beschlagnahmten Wette werden nun wieder nach den nordischen Ländern exportiert. Die dafür erhaltenen Gelder werden den Dienstleistungen zum Ankauf ausländischer Lebensmittel zugesetzt.

* Leipzig. Im großen Festsaal des Central-Theaters fand heute eine von abstimmberechtigten Oberlehrern des Bezirks sehr harf besetzte Protestsitzung gegen den Plan der Entente für Oberlehrer getreten. Der Plan der Entente, für Oberlehrer abgestimmt, ist in dem Maße veranlaßt, daß es gelungen eine Entschließung zur Annahme, in der schriftliche Verwarnung gegen den Vorschlag der Entente eingegangen wird, der im Widerspruch steht zu den Bestimmungen des Verfaßter Vertrages und von der Abstimmungsdiktat ist, die Stärke der oberösterreichischen Abstimmungsberechtigten zu schwächen und die in Österreich Wohnenden einschließen. Die Entschließung verlangt schließlich von der Reichsregierung, daß sie alle Schritte tut, die Beugung des Verfaßter Vertrages zu verhindern und die Abstimmung am gleichen Tage zu gewährleisten.

* Leipzig. Am Sonntag vormittag fand im Volksbau eine Betriebsrats- und Funktionärsversammlung statt, in der einstimmig beschlossen wurde, am Montag früh in 55 Werkbetrieben der bürgerlichen Metallindustrie die Arbeit einzustellen. Von etwa 35 000 bürgerlichen Metallarbeitern werden rund 15 000 Mann von dem Streik betroffen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 6. Dezember 1920.

Aus Oberösterreich.

* Beuthen. Als nach der Sitzung des in Bischendorf tagenden Deutschen Bergarbeiter-Verbandes einige Bergarbeiter noch zusammenlaufen, kletterte eine 60 Mann starke bewaffnete Bande in den Saal und begann, ohne Ursache auf die Bergarbeiter einzuschlagen und zu schwören. So weit bisher festgestellt werden konnte, ist eine grohe Anzahl von Personen schwer verletzt.

Brandunglück in Karlsruhe.

* Karlsruhe. Das städtische Friedhofsbau ist abgebrannt. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Sozialistische Konferenz in Bern.

* Bern. Auf der von der U. S. S. R. Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz einberufenen Konferenz sind außer den beiden genannten Parteien noch vertreten die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Slowakei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Frankreichs, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.

Ein Warenhaus niedergebrannt.

* Mainz. Aus Rosenberg erhält die "Wochenszeitung", daß dort gestern früh das Warenhaus Fab. niedergebrannt ist. Der Schaden wird auf 3 Millionen Mark geschätzt.

Die Flotte des Generals Wrangel.

* Paris. Nach den letzten Nachrichten aus Südrhönland ist die Flotte des Generals Wrangel unter den Schutz Frankreichs gestellt worden. Als Stützpunkt der Kriegsflotte ist Biscaya, als Stützpunkt der Handelsflotte Toulon bestimmt.

Generalstreik in ganz Spanien.

* Madrid. Nach einer Meldung der "Información" aus Madrid haben die Gewerkschaften für Montag wegen der Zwangsmassnahmen gegen die Arbeiterorganisationen und die sozialdemokratische Partei den Gesamtauftand für ganz Spanien angekündigt.

Amerika als Seemacht.

* New York News (Virginia). In einer Redeklaration Harding, er würde den Tag begrüßen, an dem Amerika die größte seefahrende Nation sei. Er wolle die amerikanischen Schiffe in allen Teilen der Welt haben sehen.

Von der Völkerbundversammlung.

* Genf. Die Unterkommission für Blockadefragen hat bei der 6. Kommission folgende Anträge gestellt: Sobald ein Staat davon Kenntnis erhält, daß der Art. 18 des Vertrags verletzt wird, hat er die gemäß dem erwähnten Artikel erforderlichen Massnahmen anzuordnen. Dazu gehören u. a. Überbrückung der diplomatischen Beziehungen mit dem Vertragsstaat. Wenn das Webstuhl des vertragsschrechenden Staates an das Meer reicht, so hat der Staat sofort diejenigen Mitglieder des Völkerbundes zu bezeichnen, die die Blockade am wichtigsten durchführen können. Diese Bestimmungen werden bei gleichzeitiger Anerkennung der Nichtmitglieder des Völkerbundes, die einschließen werden und die Einladung angenommen.

Reich, daß den Mittelbund des Bundes obliegenden

Bestimmungen ebenfalls zu unterwerfen.

) Genl. Der schwedische Telegraphe Branting erklärte

einem Vertreter der Schweiz, Dep. Staatsrat, er verthebe die

Haltung der argentinischen Delegation nicht, da nach seiner

Ansicht die Verschließung des Abänderungsantrage nicht ihre

Ablehnung bedeute. Er stütze es müthen auch inner-

politische Beweggründe Argentiniens in Betracht gezogen

werden.

Washington. Senator Knob erklärte mit Bezug

auf den Vorschlag Argentiniens, sich von der Völkerbundes-

versammlung zurückzuziehen, es schiene ihm, daß einige

Nationen, die in Wien vertreten sind, tent die selben Gründe

gen den Völkerbund entdecken, die Amerika bereits vor

seinen Norden gefunden hat. Senator Knob erklärte, die un-

vermeidliche Spaltung habe ihren Ausgang genommen.

Die griechische Frage.

X Varis. Nach einer Zeitungsmeldung aus Konstantinopel ist ein griechischer Torpedobootsführer nach Konstanza abgegangen, um den Kronprinzen Georg abzuholen.

X Athen. Nach einer baldmäßigen Mitteilung ist

die Regierung der Unkraut, die Note der Alliierten bedurfte

seiner Antwort; doch würden rechtzeitig bei den alliierten

Regierungen Schritte unternommen werden, um ihnen die

Gewissheit auszubringen, daß eine baldige Kenntnis ihnen

vorlegen würde, wie ernsthaft das griechische Volk den

Alliierten sei für die Unterstüzung, die sie jederzeit der

griechischen Seite angebieten ließen, und wie treu es der

ententefreundlichen Politik bleibe. — Die Volksabstimmung

ging gestern vor sich.

X Varis. Nach einer "Matin"-Meldung aus Athen

hat sich die Volksabstimmung in Ruhe vollzogen. Die

Überwälten, also Anhänger von Venizelos, haben sich an der

Abstimmung nicht beteiligt.

11. ordentliche evang.-luth. Landeskonode.

Bei der großen Wichtigkeit, welche der neu zustellenden Kirchengemeindeordnung für das Leben der Landeskirche zukommt, war es zu erwarten, daß der Entwurf zu dieser neuen Ordnung die Synode längere Zeit beschäftigen würde. Auch in ihrer 11. und 12. Sitzung befaßte sich die Synode mit der Beratung dieses Entwurfs. Bei der Aussprache über die einzelnen Paragraphen wurden natürlich eine große Zahl von Problemen des kirchlichen Lebens der Gegenwart aufgerollt, wobei auch die Meinungs- und Richtungsdifferenzen innerhalb der evangelischen Kirche immer wieder deutlich hervortraten.

Die 6. Sitzung begann zunächst mit der Beratung des Paragraphen 29, welcher die Wahlberechtigung zur Kirchenvorstandswahl betrifft. Ein Antrag Dr. Schulze-Hidmann wünschte die Streichung eines Absatzes, e., welcher bestimmt, daß vom Wahlrecht und von der Aufnahme in die Wählerliste ausgeschlossen werden soll, wer durch Fernhaltung vom gottesdienstlichen Leben seine kirchliche Gemeinschaft in anständigem Weise verläugnet. Dr. Schulze-Hidmann und mehrere andere Vertreter der lutherischen Linien machen gegen diese Bestimmung protest, daß es wesentlich sei, die Beteiligung am gottesdienstlichen Leben zu verhindern mit der juristischen Wahlberechtigung. Diese Bestimmung sei außerdem unzureichbar und müsse nur Anlass zu Heuchelei geben, ferner führe sie zu einer bündelichen Kontrolle des Sozialen Rechts bei: Es kann hierbei vorausgesetzt werden, daß die betreffenden Paragraphen, daß, wenn eine solche Bestimmung steht, das Empfinden der lutherischen Wähler verletzt würde, sowie daß diejenigen, welche ihre gottesdienstliche Pflicht vernachlässigen, damit befunden werden, daß ihnen auch am übrigen kirchlichen Leben nichts gelesen ist.

Konsistorialpräident Dr. Höhne hebt hervor, daß es sich hier nur darum handele, eine Reaktion für solche Fälle zu schaffen, wo wirklich Anlaß genommen wird. Es gehöre zu den ersten Pflichten des Christen, schon seit apostolischen Zeiten, am Gottesdienst der Gemeinde teilzunehmen. Es sei durchaus nicht unbillig, wenn ein solcher, der sich baulich vom gottesdienstlichen Leben fernhält, vom Wahlrecht und von der Wählerliste ausgeschlossen ist, da ja dies nur die Konsequenz seines eigenen Verhaltens sei.

Mit namentlicher Abstimmung wurde schließlich der Antrag Schulze-Hidmann mit 50 gegen 21 Stimmen abgelehnt und der betr. Satz in folgender Fassung angenommen: „Wer durch bauliche Fernhaltung vom gottesdienstlichen Leben seine kirchliche Gemeinschaft in anständiger Weise verläugnet“. Über die Wählerberechtigung zum Kirchenvorstand schreibt § 30 des Entwurfs vor, daß wählerbar nur jene sollen Mitglieder der Kirchengemeinde von gutem Rufe, bemerktem christlichen Sinne, löslicher Einsicht und Erfahrung, die das 30. Lebensjahr vollendet und keinen der Gründe gegen sich haben, die vom Wahlrecht ausschließen.

Warme Befürwortung von allen Seiten des Hauses findet jedoch ein Antrag Dr. Löbner-Leipzig, daß Alter der Wahlberechtigung auf 25 Jahre festzulegen. U. a. betont dabei Superintendent Neiner-Dresden, daß, seitdem er in der Jugendbewegung steht, er den Einbruck gewonnen habe, daß man vor einer Erweckungsbewegung in der Jugend stünde. Die Begrüßung der Jugendlichen könne die Kirche gar wohl gebrauchen, auch könnten die Jugendlichen oft das Gewissen der Kirchenväter bilden. Son. Dr. Stange-Leipzig erklärt, daß nach seiner Meinung eine Verjährung der Kirchenvorstände gerade in der gegenwärtigen Zeit zu wünschen sei. Nur wenige Stimmen erheben Bedenken gegen das Wahlberechtigungsalter von 25 Jahren, worauf der Antrag Löbner angenommen wird.

Der Abstimmung 2 im Entwurf, der die Betreuung der Kirchengemeinde behandelt, und welcher zurückgestellt war, da sich eine nochmalige Durchberatung in einem Gesamtabschluß notwendig gemacht habe, wurde nunmehr zur Verhandlung gebracht. Der Berichterstatter des Schlußabschlusses Dr. Wendtorf steht hervor, daß man sich im Abschluß noch eingehenden Verhandlungen darüber doch für eine Beteiligung des Verwaltungsrates entschlossen habe, allerdings unter neuer Benennung für beide Verwaltungsrätepersönlichkeiten. Ein größeres Organ, die Kirchengemeindevertretung, soll ein kleineres Organ, den Kirchenvorstand, aus sich herauswählen. Präsidient Dr. Höhne erklärt, daß das Konsistorialprätorium in dieser leichten Vorlage eine geeignete Brücke sehe, auf der man über die ursprünglichen Schwierigkeiten hinwegkommen könne, und daß es sich empfiehlt, diesen Weg einzuschlagen.

Nach einer einstündigen Unterbrechung der Vollstimmung zwecks Befreischung der neuen Vorlage innerhalb der einzelnen Gruppen wird die Plenarberatung fortgesetzt, wobei die Vertreter der drei Gruppen des Hauses erklären, daß sie sich auf den Boden dieser neuen Vorlage stellen könnten, wenn auch mit Vorbehalten im Einzelnen.

In der nun folgenden Einzelberatung werden die §§ 9–28 im Vorlauf der Vorlage des Betriebsausbaus mit Berücksichtigung des Abänderungsantrage des Gesamtausschusses im wesentlichen angenommen. Aus den in diesen Abstimmungen enthaltenen Bestimmungen setzen folgende als besonders wichtig hervorgehoben: In allen Kirchengemeinden von mehr als 2000 Seelen soll eine Kirchengemeindevertretung bestehen. Sie soll sich zusammen aus den Bürgern der Gemeinde oder deren Hauptgemeindemitgliedern. Die Mitglieder der Kirchengemeindevertretung sollen in der Regel in kirchlicher Arbeit bereits tätig sein. Bei der Ausniedrigung sind vor allem zu berücksichtigen kirchliche Vereine und Gesellschaften, ferner im

Dienst der Kirchengemeinde Rändle, Angelstadt, Gemeindeschwestern und im Archiv wohnende und tätige Kirchengeslechter und Lehrerinnen.

§§ 31–36, welche die Vorchriften zur Kirchenvorstandswahl betreffen, werden in der 12. Sitzung der Synode mit wenigen Änderungen angenommen.

§§ 47–49, die Schluß- und Übergangsbestimmungen enthalten, werden einstimmig angenommen. Der Zeitpunkt des Austrittsreiches der R.-G.-Ordnung soll durch Kirchenrat bestimmt werden.

Die 1. Sitzung der neuen Kirchengemeindeordnung wurde damit beendet.

Auf eine Anfrage des Synodalen Vöhrer-Verwaltung hat erklärte Dr. Wendtorf T. Dr. Höhne, daß dem Kirchenzeugnisse ein Entwurf zur Geheimversammlung für die Kirche noch nicht vorliege, ebensoviel dem Konsistorialprätorium. Ein solcher sei z. Bt. wegen der vielfach noch nicht feststehenden Voraussetzungen nicht möglich. Weiterhin befaßt die Synode, die Besuche der Dreiecker Zweigvereine der Gustav-Woelff-Stiftung und des Evangelischen Bundes, das im Jahre 1921 zur 400-jährigen Wiederkehr des Tages und der Tat von Worms von allen Kirchengemeinden des Landes würdig Feier zu veranstalten werden sollen, dem Kirchenzeugnisse zu geeigneter Veröffentlichung zu empfehlen.

Die nun folgende Beratung über den Antrag des Sankt Michael und Senften, die Richtlinien für das Verhalten der Geistlichen bei Kirchenauftritten betr. wird nach längerer Aussprache unterbrochen und vertagt, da sich die Synode zur Stunde als beschlußfähig erweist.

Rückste Sitzung Montag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Vermischtes.

In dem Kapitalnachbericht, der seit zwei Wochen die Stralsammer des Berliner Landgerichts 1 beschäftigt hatte, wurde am Sonnabend vormittags das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt der Legionärstat von Ernst zu 6000 M. Geldstrafe eventuell für je 15 M. ein Tag Gefängnis bis zur Höchststrafe von einem Jahre, ferner der Kommerzienrat Jacob Saemann unter Freisprechung in einem Falle wegen eines zweiten Falles zu 3000 M. Geldstrafe, ferner wurden beim Angeklagten Saemann für 10000 Francs ungarische Goldrente und 53000 M. deutsche Schatzanweisungen dem Rechte für verfallen erklärt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Kunst und Wissenschaft.

Die Aufführung von Heinrich Lentzsch's „Pierhäusl“ rief Sonnabend abend im Deutschen Theater in Hannover Vormühen hervor, die vierstündigen andauernden Belebungen der Haushaltspolizei und der Sicherheitspolizei mußten eingreifen.

Eine Theatergemeinde Plauen, deren Mitgliedern während der Spielzeit allmonatlich zwei Vorstellungen, außerdem Vorträge usw. geboten werden sollen, ist jetzt mit insgesamt 1750 Mitgliedern gegründet worden. Der Mindestjahresbeitrag beträgt für jedes Mitglied 36 Mark.

Ein neues Chorwerk Hengst, Dr. Friedrich Heger in Bückeburg, der Meister der Chorkomposition, hat ein neues Chorwerk „Beim Tode der Witwe“, dessen Text von H. A. Beherricht, vollendet.

Kirchennachrichten.

Riesa. Mittwoch abends 18 Uhr Bibelstunde im Pfarrhausaal (Ruthard).

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reizendem Maße dargebrachten Glückwünsche und schönen Geschenke sagen wir herzlich allen zugleich im Namen unseres Elterns herzlichen Dank.

Riesa-Groß, im Dezember 1920.
Mar. Wolf und Frau Hulda geb. Schrapel.

Presschefen

eingetroffen

Wettinerstr. 26 — Fernspr. 23.

Kammerlichtspiele Riesa.

ab morgen

vollständig neues Programm.

Ab diese Woche empfiehlt als praktisches

Weihnachts-Geschenk

Blügeleisen, Is vernickelt mit 15jähriger Garantie

für Hausgebrauch und Steife, Zimmeröfen, Wasser- und Eierkocher, Teekessel, Kaffeekesseln, Koch- u. Wärmeplatten, Brotröster, grüttierter Töpfe u. Bratpfannen, Apparate für Salzwirtschaften wie Hotel-Kaffeezähne u. Brotstecher, Dampfkesselnapparate, Brennöfen-Wärmer, Siegelwärmer, Heizkissen, Bett- und Fußwärmer.

— Zigarren-Zigaretten — D. R. V. a.

abläufen durch erhitzte Luit. Einzigartiger Binder, der

auch für Tabakspfeifen geeignet ist.

— Alles für elektrisch.

M. Wohlfarth, Oschatz,

Telefon 150, schrägüber dem Amtsgericht.

300 Mark Belohnung

für denjenigen, welcher mit den Diebstahl macht, der am

Sonnabend früh 5–6 Uhr

mittels Einbruchs ein Deck-

bett, Kissen, Bettdecke und

seine Werbedecke geklaut.

St. Bonner, Oschatz, Börse.

zu verkaufen.

7 Zuckerkarten

und 27 M. Geld v. Hobel.

worin die Wälder bei verloren.

Wieg. b. Wurm, Oschatz, Börse.

zu verkaufen.

300 Mark Belohnung

für denjenigen, der am

Sonnabend früh 5–6 Uhr

mittels Einbruchs ein Deck-

bett, Kissen, Bettdecke und

seine Werbedecke geklaut.

St. Bonner, Oschatz, Börse.

zu verkaufen.

300 Mark Belohnung

für denjenigen, der am

Sonnabend früh 5–6 Uhr

mittels Einbruchs ein Deck-

bett, Kissen, Bettdecke und

seine Werbedecke geklaut.

St. Bonner, Oschatz, Börse.

zu verkaufen.

300 Mark Belohnung

für denjenigen, der am

Sonnabend früh 5–6 Uhr

mittels Einbruchs ein Deck-

bett, Kissen, Bettdecke und

seine Werbedecke geklaut.

St. Bonner, Oschatz, Börse.

zu verkaufen.

300 Mark Belohnung

für denjenigen, der am

Sonnabend früh 5–6 Uhr

mittels Einbruchs ein Deck-

bett, Kissen, Bettdecke und

seine Werbedecke geklaut.

St. Bonner, Oschatz, Börse.

zu verkaufen.

300 Mark Belohnung

für denjenigen, der am

Sonnabend früh 5–6 Uhr

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Oeffentl. Vortragsabend

im Wettiner Hof

Dienstag, den 7. Dezember, abends 1/2 Uhr.

Zweck und Ziele der Wohlfahrts- und Säuglingspflege.
Referentin: Mrs. Witz. Bezirksleiterin, Niesa.
Freie Ausprache erwünscht.
Die Einwohner von Niesa, Gröba u. Umgebung werden
höchst eingeladen. Gut gebeizter Saal.

Amt. Frauen, Ortsgruppe des S. V. D.

Umpresserei für Damen- und Herren-Hüte
in Filz, Velour, Samt usw. nur in der
Hutfabrik Pflug & Maier, Wettinerstr. 21.
Kein Laden. —
Man sieht genau auf Firma und Hausnummer.

Burkliedgedeckt vom Grabe unserer lieben
guten Mutter, der
Frau Ernestine verw. Humpsch
screchen wie hierdurch allen unteren bergschen
Dank aus für die zahlreichen Beweise inniger
Teilnahme. Besonderen Dank für die trostreichen
Worte am Grabe, sowie für die erhebenden Gedärge.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Radevitz, den 6. Dezember 1920.
So ruht Du nun im fühlten Grabe,
Dich unter Hera im Tod noch lebt.
Ach, viel an sich bist Du von uns geschieden,
Tief bat die Trennung uns betrübt,
Doch lag es in des Höchsten Willen,
Was Gott tut, das ist wohlgetan.

Herrlichen Dank
allen denen, die uns beim Heimgang unserer
lieben Tochter, Schwester-tochter, unserer trennenden
Mutter, Schwester und Schwägerin,

Fran Emma verw. Schumann

geb. Hoffmann
durch Wort, Schrift, herrlichen Blumenschmuck,
Geldspenden und ehrloses Geleit in unserem
diesen Schmerze trösteten.

Beuthain, den 5. Dezember 1920.

Marie verw. Hoffmann,
zugleich im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Gestern nachmittag 1/4 Uhr verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Gattin, unsere treuherzige Mutter, Schwieger-, Groß- und Urzähnmutter

Wilhelmine Marie Rohn geb. Quitsch

im 62. Lebensjahr.

Im tiefsten Schmerze zeigt dies an
Hermann Rohn nebst Hinterbliebenen.

Beuthain, den 6. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet Donnerstag nach-

Möglich und unerwartet nahm der uner-

bittliche Tod unseres Sparboten

Herrn Otto Ziesche

zu sich. Nur aus reinem Idealismus hat er sich
unserem Sparverein viele Jahre gewidmet und
sich jederzeit treu, fleißig, ehrlich und gewissenhaft
gezeigt.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Der Generalvorstand
des Allgemeinen Sparverein, Niesa.

Am Sonnabend abend 1/8 Uhr verschied
sanft und ruhig nach langem, schwerem, mit
großer Geduld ertragtem Leiden unsere liebe
Tochter

Frieda Lehmann

im 27. Lebensjahr.

In tiefster Trauer
Familie Eduard Lehmann
nebst allen Angehörigen.

Pausitz, den 6. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch 1 Uhr in

Pausitz statt.

Heute unwiderruflich letzter Tag! Die letzte Gala-Vorstellung des Zirkus Wolfschuh.

Ab Dienstag, den 7. bis Donnerstag, den 9. Dezember: Das große dramatische Filmwerk

Das Geheimnis der Wera Baranska.

In der Hauptrolle Wanda Treumann.

Vorangestellte ungültig. — Kapelle.

Beruer **Das Skelett des Herrn Martius.**

Detectivdrama in 4 Akten.

Um gültigen Auftritt bittet die Besitzerin Anna Seel.

Vereinsnachrichten

Gängerfranz. Nebenstunde ausnahmsweise morgen Dienstag im Cafe Möbius, Hauptstr. 1. Et.
Kriegerverein "König Albert". Niesa. Morgen Dienstag 8 Uhr Versammlung in der Oberkasse. Eröffnung eines Kameraden aus der Kriegszeit. Kameradenausgabe. Wohltätigkeits-Tageordn. halber zahlr. Gefeier. erforderlich. Nieser Sport-Verein e. V. Dienstag 7 Uhr Spiel-Klaus. 8 Uhr eigene Vorstandssitzung Niesa. Mittwoch 7.30 Uhr Waldfest Feldschildköche. Donnerstag 8 Uhr Jugendaußenmusik Barth. Freitag 8 Uhr Spielerzusammenkunft Barth.

Bez.-Verein Niesa gegen den Missbrauch seßlicher Weintränke. Hauptversammlung am 8. 12. 20, abends 8 Uhr in der Gastwirtschaft "Dampfbadschänke".

Turnverein Gröba. Dienstag, d. 7. 12., 9 Uhr Versammlung in der Turnhalle.

Brannverein Gröba. Morgen Dienstag abend 8 Uhr Versammlung in der Kirchschule.

Abschiedsfeier der Nieser Garnison und der Südländischen Pioniere.

Aus Anlaß der Auflösung der Nieser Garnison und aller südländischen Pioniertruppenteile findet

Sonnabend, den 11. Dezember 1920

12 Uhr mittags in der Pioniersäfere

eine Abschiedsfeier statt, bestehend aus

Gedächtnisspiel zum Gedächtnis der

gefallenen Helden

Aburkunden der letzten Kommandeure

Kranzniederlegung am Denkmal im

Klostergarten

Plaketauf dem Kasernenhof.

Alle ehemaligen Angehörigen der Sächsischen

Pionier-Bataillone und der Nieser Garnison,

die Hinterbliebenen der gefallenen Helden und

alle Freunde des alten und neuen Heeres werden

hierdurch zu dieser Feier herzlich eingeladen.

Nicola, Garnisonältester.

Zum bevorstehenden

Weihnachtsfeste

empfiehlt billig:

Gembentrich, Barchent,

weiße u. blonde Brötchen,

Schürzenkleinen, Blätter-

reißer, Spätzle-Sagen, Kinder-

anzüge, Strümpfe, Socken

Sweaterv., Chemise etc.

Contra-Bässe

Gitarren, Flöten usw.

Große Weihnachtsfreude

bereiten Sie mit einer

Waff. oder

Seidel & Mann.

Nähmaschine

Obre Kinder erfreuen Sie

mit einem KinoScope

in Märchen- u. weltberühmten Bildern von dauernd

aufregender Unterhaltung.

Zu haben bei:

Hermann Dörner

Strehla a. Elbe.

Am Markt.

Seldenstoffe

Spezialität: Braut- u. Hochzeitskleider

Julius Zachucke

Mutter zu Diensten

Gröba Samt- u. Seiden-

Lager in Sachsen

DRESDEN

An der Kreuzkirche 2

Nähmaschinen-Reparaturen

all. Sort. fabrig. u. preisw.

Schleifer, Haarschärfer. 60.

Kriegsgefangene.

Deren Müller eingegangen.

Bitte in der Abendstunde

abholen. Der Vorstand.

F. R.

Morgen Dienstag abend

8 Uhr Versammlung

bei Kamerad Weier. D. C.

Am 5. Dezember entschließt

sich und ruhig unsre lieben

Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Frau

Johanne Rosine Leiß

im Alter von 78 Jahren.

Dies zeigt hierdurch tief,

beträubt an

Familie Kluge,

nebst allen Angehörigen.

Gröba, d. 5. 12. 20.

Die Beerdigung findet

Mittwoch mittag 1 Uhr von

der Friedhofshalle aus statt.

Mittwoch

früh 9 Uhr

beginnt

im Hause Goethestr. 87 in Niesa

(Ecke Kaiser-Wilhelm-Platz)

der Massenverkauf von neu

eingetroffenen Emaillewaren

W. Schindler

Albertplatz 7

empfiehlt

Schwars. Kraut 50, 8, 25

Zigaretten von 4,50 an

Gummibänder von 70—180 Bsp.

Zigaretten von 15—60 Bsp.

Die heutige Nr. umfaßt

4 Seiten.

Gladys Esch-Bishop

Dentistin

Erich Esch

Dentist

Niesa, Ritter-Wilhelm-Platz 4a, Telefon 557

— Sprechstunden: —

9—12, 2—6, Sonnabend 9—1.

Elsa Lehmann

Max Rudolph

geben zugleich im Namen der Eltern ihre

Verlobung bekannt.

Gohlis. 5. Dez. 1920. Al. Schepa.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—